

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,
Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung
- 2) Feststellung,
 - ob ordnungsgemäß eingeladen wurde,
 - ob das Jugendparlament beschlussfähig ist
- 3) Genehmigung des Protokolls vom 14. September 2020
- 4.1) Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung: Wahlen
- 4.2) Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung: Umgang mit Pressemitteilungen
- 5) Bericht aus dem Schul- und Sportausschuss
- 6) Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss
- 7) Sachstand Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss und Wahl der Vertreter
- 8) Antrag: Hilfe für durch Corona psychisch belastete Kinder und Jugendliche
- 9) Antrag: Faire Minijobs
- 10) Pressemitteilung Umgang mit Corona
- 11) Überarbeitete Pressemitteilung Bebauungsplan Schinkel
- 12) Sachstand „Grüner Tag“
- 13) Sachstand: „Simulation des Europäischen Parlaments“
- 14) Sachstand „E-Sport-Tournament“
- 15) Sachstand „Taskforce Schulbus“
- 16) Verschiedenes

1. Begrüßung

Jamila begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie Christoph Beyer für die NOZ. Zudem nehmen zwei Personen von der ambulanten Jugendhilfe Lega S an der Sitzung teil.

2. Feststellung,

- ob ordnungsgemäß eingeladen wurde,
- ob das Jugendparlament beschlussfähig ist

Es wird festgestellt, dass alle anwesenden Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden.
21 Mitglieder sind anwesend, somit ist das Jugendparlament beschlussfähig.

3. Genehmigung der Protokolle vom 14. September 2020

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 14. September wird einstimmig genehmigt.

4.1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung: Wahlen

Liam stellt den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Dieser Antrag wurde nach den Unklarheiten in der Abstimmung über die Pressemitteilung zur Bebauung am Schinkelbad auf der letzten Sitzung erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen, die Geschäftsordnung um §24 (4) zu ergänzen, der wie folgt lautet:

(4) Bei der Abstimmung gibt es die Möglichkeiten, dafür oder dagegen zu stimmen, sowie sich zu enthalten.

Ein Antrag ist angenommen, sofern die Mehrheit der Mitglieder dafür stimmt, Enthaltungen werden hierbei nicht berücksichtigt.

Sollte die Mehrheit der abgegebenen Stimmen Enthaltungen sein, wird das Ergebnis nicht gewertet. Das Präsidium hat in der Folge zwei Optionen:

1. Das Präsidium kann eine zweite Verhandlungsrunde einberufen, nach deren Abschluss erneut abgestimmt wird.

2. Das Präsidium hat alternativ die Option, die Abstimmung zu vertagen, der Antrag, der zur Abstimmung steht, verschiebt sich somit auf die nächste Sitzung des Jugendparlaments. Die Abstimmung wird auch verschoben, wenn sich in der zweiten Abstimmung weiterhin die Mehrheit des Jugendparlaments enthält.

Begründung:

Die Abstimmungen in der letzten Sitzung, insbesondere zu der Pressemitteilung zur Bebauung der Grünfläche beim Schinkelbad, haben gezeigt, dass es dringend notwendig ist, den Umgang mit Enthaltungen zu regeln. Mit der Enthaltung entzieht sich das Mitglied für die Abstimmung der Verantwortung und trifft keine Entscheidung, daher sollten diese Stimmen nicht gewertet werden. Außerdem bildet eine Entscheidung, die von weniger als 50% der anwesenden Mitglieder getroffen wurde, nicht die Einstellung des Jugendparlaments ab und ist somit nicht demokratisch legitimiert, daher darf eine solche Entscheidung in der Zukunft nicht gewertet werden. Eine zweite Verhandlungsrunde kann eventuell Fragen oder Unklarheiten, die zu einer Enthaltung geführt haben, klären und ist somit unter Umständen eine gute Option. Es liegt am Präsidium, die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme individuell und auf den konkreten Fall bezogen, zu klären und sich dementsprechend zu entscheiden.

Ergebnis der Abstimmung:

15 Ja-Stimmen

2 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung angenommen.

4.2 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung: Umgang mit Pressemitteilungen (nicht behandelt)

5. Bericht aus dem Schul- und Sportausschuss

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstag, den 8. Oktober, statt. Die Vertreter für den Schul- und Sportausschuss müssen zudem noch einmal bestätigt werden, damit das Jugendparlament im Ausschuss über Antrags- und Rederecht verfügt. Peter, Ariana und Hannes werden bei 19 Ja-Stimmen und einer Enthaltung bestätigt.

6. Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Es gibt keinen neuen Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss, da die nächste Sitzung erst im November ist.

7. Sachstand Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss und Wahl der Vertreter

In der Ratssitzung vom 22. September wurde der Sitz für das Jugendparlament bestätigt. Konstantin erwähnt hierzu, dass das Jugendparlament während der Corona-Pandemie wichtige Forderungen etwa in Bereichen des ÖPNV, der Verkehrsplanung oder Umwelt gestellt habe, die alle in diesem Ausschuss behandelt werden. Er dankt den Ratsfraktionen, die den Antrag unterstützt und dafür gestimmt haben.

Es sind ein gewählter Vertreter sowie zwei Stellvertreter zu wählen. Bei einer ungültigen Stimme lautet das Wahlergebnis:

1. Hannes Both 19 Stimmen
2. Konstantin Saalfeld 11 Stimmen
3. Lars Reitzner 10 Stimmen

Damit ist Hannes als Vertreter für den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss gewählt. Konstantin und Lars sind erster beziehungsweise zweiter Stellvertreter.

8. Antrag: Hilfe für durch Corona psychisch belastete Kinder und Jugendliche

Konstantin stellt den Antrag vor und geht auf die in der Corona-Pandemie für viele Betroffenen entstandene Notsituation ein. Daher soll ein Angebot für betroffene Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Es soll eine Social-Media-Kampagne organisiert sowie ein Comic-Wettbewerb durchgeführt werden. Dafür soll das Jugendparlament Gelder in Höhe von 300€ bereitstellen.

Peter begrüßt den Antrag und verweist auf gestiegenen Suizidraten sowie das Auftreten häuslicher Gewalt.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. Dass eine Kommission gegründet wird, welche zwei Aktionen organisiert, die der Unterstützung von psychisch belasteten Jugendlichen und Kindern dient.
2. Dass die erste Aktion ein Comic-Wettbewerb von Jugendlichen für Kinder ist, welche Motivationsbilder für u. a. Kinder im Kindergarten mit eine Preisgeld ausschreibt. Das Preisgeld wird vom Jugendparlament gestellt.
3. Dass die zweite Aktion eine Werbekampagne ist, welche u. a. Online stattfindet und mithilfe von Social Media usw., auf psychische Probleme von Jugendlichen wie z. B. Depression, Angststörungen, Sachprobleme oder andere psychische Belastungen, die sich in vielen Fällen aufgrund der Corona-Pandemie verschlimmert oder gebildet haben aufmerksam macht und bereits bestehende Beratungsstellen in Osnabrück bewirbt. Teil diese Kampagne ist ebenfalls ein Flyer, welche Eltern berät. Für diese Aktion wird eine Kooperation angestrebt.
4. Die Kommission entscheidet alles Weitere.

Begründung:

Vor allem durch die derzeitige Pandemie und das langanhaltende Kontaktverbot sowie die damit wegfallenden sozialen Kontakte sind Kinder wie auch Jugendliche psychischen Belastungen ausgesetzt, auf die aufmerksam gemacht werden muss. Es gibt bereits viele Hilfsangebote, wie z.B. Beratungstelefone, Vertrauenslehrer*innen sowie Kinderärzte, wenig wissen jedoch von diesen Angeboten bzw. nutzen sie. Durch öffentliche Kampagnen kann das Jugendparlament hier Inklusion stärken und viele Menschen helfen.

Finanzierung:

Für die Finanzierung der Werbekampagne sowie des Comic-Wettbewerbs, stellt das Jugendparlament 300€ zur Verfügung.

Ergebnis der Abstimmung:

21 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

9. Antrag: Faire Minijobs

Artur und Konstantin stellen den Antrag „Faire Minijobs“ vor. Der Mindestlohn soll als Voraussetzung gelten, um auf der Website aufzutauchen.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. Die Gründung einer Task Force „Faire Minijobs“, welche beauftragt wird,
 - a. Eine Website zu erstellen, welche
 - i. für Jugendliche geeignete Mini-Jobs anbietet.
 - ii. Jugendliche über ihre Rechte nach JArbSchG informiert;
 - iii. Osnabrücker Unternehmen ermöglicht qualifizierte Jugendliche für eine Geringfügige Beschäftigung einzustellen;
 - b. Die besagte Website zu bewerben.
 - c. Prüfer*innen anzuwerben, welche die Eignung von Unternehmen und Geschäften prüfen.
2. Dass auf der Website nur Jobs beworben werden dürfen, welche vorher durch die Task Force „Faire Minijobs“ überprüft wurden. Das Jugendparlament behält sich vor, Unternehmen abzulehnen anhand von, durch Task Force „Faire Minijobs“ festgelegte, Rahmenbedingung und Eignungsparameter wie z.B. das Zahlen des gesetzlichen Mindestlohns.

Begründung:

Das Finden eines Mini-Jobs zum Aufbessern des Taschengeldes, streben viele Jugendliche an. Wenige finden jedoch auf ersten Anlauf etwas. Wenn also doch eine Stelle gefunden wird, überlegt man nicht lange, ob dieser Job passend oder fair bezahlt wird. Wir hoffen mit unserer fairen Minijob-Börse, diesem entgegen zu wirken. Jugendliche erhalten eine breite Auswahl an verschiedenen geprüften Mini-Jobs aus der Region Osnabrück. Im Voraus wurden bereits Gespräche mit Verdi und WFO geführt. Beide Organisationen sind bereit bei diesem Projekt zu helfen.

Finanzierung:

Das Jugendparlament steuert 300€ zum Bau einer Website bei. Weitere Sponsoren sind nicht ausgeschlossen.

Lars fragt nach der Kostenkalkulation. Es sind 300€ für die Website vorgesehen. Die jährliche Instandhaltung wird etwa 240€ kosten.

Marvin fordert, den Antrag zurückzuziehen oder über eine Änderung genauere Kriterien darzulegen, wann ein Jobangebot als „fair“ eingestuft wird. Der Antrag müsse überarbeitet werden, sodass die Kriterien genauer aufgeführt sind und dann zur Abstimmung gestellt werden.

Konstantin erwidert, dass eine faire Bezahlung über den Mindestlohn gesichert wäre, andere Kriterien dagegen seien schwer zu verallgemeinern. Die Task Force soll dies in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausarbeiten.

Marvin kommentiert, dass dann zunächst nur die Gründung der Task Force beschlossen werden soll. Die Veröffentlichung samt Website sollte erst nach erneuter Abstimmung über die Kriterien auf einer kommenden JuPa-Sitzung erfolgen.

Darauf sagt Konstantin, dass es eine Kontrolle der Kriterien durch die Task Force gibt. Die Mitarbeit in der Task Force steht allen Mitgliedern des Jugendparlaments offen. Eine weitere gesonderte Abstimmung verhindere jedoch die Arbeit und damit die Veröffentlichung der Website.

Theo fragt nach, ob es eine gesetzliche Bestimmung dafür gibt, dass bei Minijobs der Mindestlohn gezahlt werden muss. Laut Liam ist dies bei Jugendlichen nicht der Fall.

Konstantin ergänzt, dass die Idee des Antrags sei, eine Plattform zum Finden von Minijobs zu bieten. Der Mindestlohn ist dabei das einzige feste Kriterium, alles andere muss differenziert je nach Angebot betrachtet und entschieden werden.

Erik fragt nach, woher die Angebote kommen sollen, wenn es schon wenige Minijobs gibt und wie diese zur Zahlung des Mindestlohns angehalten werden könnten.

Konstantin erwidert, dass er mit der Wirtschaftsförderung und Verdi gesprochen hat und diese auf das Angebot des Jugendparlaments aufmerksam machen werden.

Erik stellt dazu die Nachfrage, was passiert, wenn die Website von Jugendlichen kaum genutzt wird.

Darauf antwortet Konstantin, dass die Task Force das Projekt in einem solchen Fall vermutlich einstellen wird, etwa auch bei einem erneuten Shutdown, der in der Konsequenz dazu führen würde, dass nur noch wenige Jobangebote angeboten werden könnten.

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Sophia befürwortet den Antrag. Gerade als minderjährige Jugendliche ist es oftmals schwer, einen Job zu finden.

Hannes schließt sich dem an und fügt hinzu, dass die Task Force sich noch einmal gesondert mit den Regelungen für 450€-Jobs befassen sollte. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass alle Task Forces und Kommissionen des Jugendparlaments sinnvoll und zielorientiert arbeiten.

Konstantin ergänzt, dass die Task Force für die Erstellung der Website und dem Anlaufen des Antrages zuständig ist, danach läuft das Projekt aber weitgehend eigenständig.

Cemre befürwortet ebenfalls die Idee und ist der Auffassung, dass dieses Projekt großen Zuspruch in der Osnabrücker Jugend finden wird.

Hannes stellt die Frage, ob kleinere Jobs wie Zeitung verteilen auch aufgenommen werden sollen. Dort ist beispielsweise der Mindestlohn ein eher weniger geeigneter Parameter. Daher stellt sich die Frage, ob solche Jobs trotzdem aufgenommen werden sollten, da diese weiterhin stark nachgefragt werden.

Erik äußert hierzu, dass man sich eventuell mit der NOZ zusammensetzen und eine Übereinkunft treffen könnte.

Konstantin ist nicht der Auffassung, dass dies viel bewirken könnte. Die Website sei eher für Mini- und Ferienjobs gedacht, wo nach einem festen Stundensatz entlohnt wird.

Ergebnis der Abstimmung:

15 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

6 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

10. Pressemitteilung Umgang mit Corona

Jamila stellt die Pressemitteilung vor.

Theo äußert einen Änderungsantrag für den Satz, dass die Digitalisierung an Schulen kaum zu bemerken sei und zu „an einigen Schulen zu ändern“. An seiner Schule etwa wurde seit Beginn der Corona-Pandemie einiges in Sachen Digitalisierung getan. Auch Peter kann den Einwand von Theo nachvollziehen.

Erik äußert, dass hierbei möglicherweise Unterschiede zwischen staatlichen und privaten Schulträgern bestehen.

Hannes spricht zudem das Kohorten-Prinzip an und schlägt eine Wortänderung vor. Die Schulen sollen angesprochen werden, ausreichend Schutzraum bereitzustellen.

Konstantin ergänzt zur Maskenpflicht in Schulen, dass zur inhaltlichen Distanz mit Corona-Leugnern in der Formulierung des Antrags anerkannt werden sollte, dass die getroffenen Maßnahmen wichtig sind.

Hannes schlägt vor, die Kritik am Kohorten-Prinzip aus der Pressemitteilung zu streichen.

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Liam ergänzt hierzu, dass das Kohorten-Prinzip einen fast ursprünglichen Schulbetrieb ermögliche.

Peter kommentiert zudem, dass das Kohorten-Prinzip aus seinem Umfeld der Ursulaschule große Zustimmung erfahre.

Jamila äußert, dass die Schulen sensibilisiert werden sollten, dass die Kohorten teilweise zu groß sind. In der Pressemitteilung soll keine grundsätzliche Kritik an dem Prinzip als solches formuliert werden.

Änderungsantrag: „Wir können nachvollziehen, dass für die Schulen ein Kohorten-Prinzip gewählt wurde und sprechen uns ausdrücklich nicht dagegen aus. Jedoch werden Risikogruppen nicht immer ausreichend geschützt. Wir bitten die Schulen, genügend Schutzraum zur Verfügung zu stellen.“

Ergebnis der Abstimmung zum Änderungsantrag:

17 Ja-Stimmen

1 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Die somit zur Abstimmung stehende Pressemitteilung lautet:

Für einen gemeinsamen Diskurs von Schulen und Schüler*innen zu Corona-Maßnahmen

Jugendliche fühlen sich bei Diskussionen zur Bewältigung der aktuellen Pandemiesituation wenig beachtet. Das Jugendparlament Osnabrück fordert daher eine stärkere Einbindung der Schülerinnen und Schüler in die Corona-Debatte.

„Die Beschränkungen aufgrund von Corona sind an Schulen ebenso notwendig wie in allen anderen öffentlichen Räumen, um das Infektionsgeschehen so gut wie möglich einzudämmen“, erklärt Jamila-Lia Fey Usselmann Präsidentin des Jugendparlaments.

Trotzdem ist dem Jugendparlament Osnabrück bewusst, dass sie viele Schülerinnen und Schüler belasten. Deshalb sollten die zuständigen Behörden und Schulen die SuS stärker in Entscheidungsprozesse einbinden. „Hierbei ist vor allem Achtsamkeit und Rücksicht gefragt“, merkt Konstantin Saalfeld, Präsident des Jugendparlaments, an.

Das Jugendparlament spricht sich auf jeden Fall dafür aus, die Corona-Maßnahmen an den Schulen einzuhalten. Diese sind wichtig, um Risikopatienten unter den Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften sowie deren Kontaktpersonen aus Risikogruppen zu schützen.

Wir können nachvollziehen, dass für die Schulen ein Kohorten-Prinzip gewählt wurde und sprechen uns ausdrücklich nicht dagegen aus. Jedoch werden Risikogruppen nicht immer

ausreichend geschützt. Wir bitten die Schulen, genügend Schutzraum zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich kritisiert das Jugendparlament Osnabrück die überfüllten Busse zu Schulbeginn und Schulende. Bereits vor der Covid19-Pandemie stellte dies ein erhebliches Problem dar. Jedoch weisen wir darauf hin, dass es gerade nun einer Lösung bedarf, um die Infektionswege möglichst gering zu halten. Trotz Maskenpflicht halten wir es für unverantwortlich, dass die Schülerinnen und Schülern in Bussen so eng gedrängt beieinander stehen müssen. Daher begrüßen wir den Dialog zwischen den Stadtwerke Osnabrück, den Schulen und dem Stadtschülerrat.

Mit Blick auf die steigenden Infektionszahlen weist das Jugendparlament darauf hin, dass im Falle eines zweiten Lockdowns dringend ein Notfallplan für das Homeschooling ausgearbeitet sein muss. Von den aktuellen Maßnahmen zur Digitalisierung ist leider bisher im Unterricht größtenteils recht wenig zu bemerken. Entsprechend befürchten wir, dass es bei der Umsetzung von digitalem Unterricht zu Komplikationen kommen kann.

Außerdem ist ein einheitliches Konzept erforderlich. „Ansonsten stellt das Homeschooling besonders für Familien mit Kindern, welche unterschiedliche Schulen besuchen, eine große Herausforderung dar.“, so Jamila-Lia Fey Usselman. Bei der Ausarbeitung befürworten wir eine Zusammenarbeit der Schulen, „um en Unterricht Zuhause den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern möglichst gut anzupassen“ (Konstantin Saalfeld).

Ergebnis der Abstimmung über die Pressemitteilung samt Änderung:

18 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

Damit ist die Pressemitteilung angenommen.

11. Überarbeitete Pressemitteilung Bebauungsplan Schinkel

Das Jugendparlament hat sich in der Sitzung am 05.10.2020 gegen eine Bebauung der Grünfläche am Schinkelbad ausgesprochen. In der Sitzung am 14.09.2020 konnte keine einheitliche Vorgehensweise beschlossen werden, aus diesem Grund musste die Entscheidung vertagt werden.

„Diese Grünfläche ist ein Kaltluftentstehungsgebiet und dient dem Zweck, die Temperatur in der Stadt, insbesondere in der Innenstadt durch kalte Luft vom Schinkelberg zu senken.

Freie Flächen wie die Grünfläche am Schinkelbad garantieren, dass kältere Luft in die

Stadt strömen kann, somit tragen sie stark zum Ausgleich extremer Hitze bei“, erklärt Pressesprecher Erik Winkler. Durch die Bebauung dieser Fläche wäre dieser Prozess empfindlich gestört und die Temperaturen im Sommer, die aufgrund des Klimawandels und der daraus resultierenden Erderwärmung ohnehin schon steigen, würden weiter erhöht. Dies wird von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als sehr unangenehm empfunden und ist zudem gesundheitlich gefährdend. Obendrein trocknen die knappen Grünflächen und Bäume der Stadt so noch stärker aus.

Es gibt viele alternative Möglichkeiten und Pläne, die Fläche anders zu gestalten, zum Beispiel als Blüh- oder Obstwiese oder durch Renaturierung des Röhrebachs. „Wir sind ausdrücklich nicht gegen das Bauen von Neubaugebieten in Osnabrück, da dringend neuer Wohnraum gebraucht wird, allerdings sprechen wir uns gegen den Standort am Schinkelbad aus“, erklärt die Präsidentin des Jugendparlaments, Jamila-Lia Fey Usselman.

Aussprache:

Hannes kritisiert, dass das Jugendparlament ein solches stadtteilspezifisches Thema nicht angehen sollte. Die Wirkung einer solchen Pressemitteilung sei in Anbetracht der nun zeitlichen Verzögerung nicht vorhanden, daher sollte die Pressemitteilung abgelehnt werden.

Erik kommentiert, dass aktuell die Prüfung des Bebauungsprojektes stattfindet und das Jugendparlament daher seinen Widerspruch zum Vorhaben äußern sollte, da die Erwärmung des Stadtklimas durch dieses Projekt alle Bürgerinnen und Bürger in Osnabrück betreffe.

Hannes merkt an, dass die Frist zur Einlegung von Widerspruch auch bereits bei der Sitzung am 14. September, wo die Pressemitteilung erstmals zur Abstimmung stand, verstrichen war. Die Behandlung der Pressemitteilung hätte damit schon in der Sitzung am 14. September nicht mehr erfolgen sollen.

Liam äußert, dass es im Vorlauf falsche Informationen seitens des Bürgervereins Schinkel an das Jugendparlament hinsichtlich der Frist gab.

Hannes findet, dass das Jugendparlament nicht pauschal gegen jede Bebauung sein kann und es sich bei diesem Bebauungsprojekt nicht einmal um das aktuell größte in Osnabrück handeln würde.

Erik ergänzt, dass die Experten dies besser beurteilen können und zu einem sinnvollen Ergebnis gekommen sind.

Justus spricht bei diesem Projekt von einem Einzelfall, die klimatischen Auswirkungen sind nicht bei jedem Bebauungsvorhaben in diesem Umfang festzustellen.

Protokoll der 7. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,
Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

2019-2021

Ergebnis der Abstimmung:

5 Ja-Stimmen

6 Gegenstimmen

9 Enthaltungen

Damit ist die Pressemitteilung nicht angenommen.

12. Sachstand „Grüner Tag“ (nicht behandelt)

Sämtliche Sachstände werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung vertagt.

13. Sachstand „Simulation des Europäischen Parlaments“ (nicht behandelt)

14. Sachstand „E-Sports-Tournament“ (nicht behandelt)

15. Sachstand „Taskforce Schulbus“ (nicht behandelt)

16. Verschiedenes

Der Antrag „Corona Not“ wurde bereits nach TOP 11 behandelt.

Thema: Bewilligung von Geld, um bei erneutem Lockdown bessere Online-Sitzungen abhalten zu können

Antragssteller: Konstantin Saalfeld

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. Dass ein im Falle eines erneuten Lockdowns, der Vorstand bis zu 70€ des Geldes zur Selbstverwaltung des Jugendparlaments nutzen kann, um zugänglichere, stabilere und qualitativ bessere Online-Sitzungen vorzubereiten.

Ergebnis der Abstimmung:

16 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

5 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen worden.

Richard spricht das Projekt #Integrationläuft des Kreissportbund an, an dem alle Mitglieder des Jugendparlaments teilnehmen können. Dazu liegen Informationszettel mit weiteren Details zum Ablauf und der Teilnahme aus.

Hannes spricht die teilweise zeitliche Knappheit der Sitzungen an und findet, dass in einem solchen Fall etwas überzogen werden sollte, um alle Themen ausreichend behandeln zu können.

Liam ergänzt, dass alle Mitglieder möglichst um 18 Uhr anwesend sein sollten. Sachstände könnten bei nicht mehr ausreichendem Zeitkontingent auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Protokoll der 7. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück



Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

2019-2021

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück

Konstantin schließt die Diskussion mit der Ergänzung, dass das Präsidium in einem solchen Fall im Laufe der Sitzung frühzeitig bekanntgeben wird, dass die Sitzung etwas länger dauern wird.

Die Sitzung wird um 20:30 Uhr von Jamila beendet.

Protokoll der 7. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021



Anwesenheitsliste: 05.10.2020

Mitglied	Unterschrift
Ariana Abas	
Zehra Cemre Arslan	
Hannes Both	H. Both
Benjamin Fritz	
Marvin Gericke	
Julius Goebel	abgemeldet
Theo Jäkel	
Mehmet-Sadik Kaba	
Jonas Fynn Kandzi	
Artur Kiebula	
Justus Kühn	
Sofia Milo	
Liam Plogmann	
Melisa Ramovic	
Lars Reitzner	
Konstantin Saalfeld	
Ömer Faruk Sevim	abgemeldet
Richard Timmermeister	

Seite 1 von 3

Protokoll der 7. Sitzung des 4. Jugendparlaments Osnabrück

Montag, 05.10.2020 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum Westwerk,

Atterstraße 36, 49090 Osnabrück



2019-2021



Anwesenheitsliste: 05.10.2020

Mitglied	Unterschrift
Tuana Sahin	T. Sahin
Jamila-Lia Fey Ussefmann	J. Fey Ussefmann
Leon Vennemann	L. Vennemann
Noah Wallenstein	abgemeldet
Peter Winkes	Peter Winkes
Erik Winkler	Erik Winkler
Lars Winkler	abgemeldet

Geschäftsführung

Name / Organisation	Unterschrift
Florian Rahn Kinder- und Jugendbüro	Florian Rahn
Karin Wank Kinder- und Jugendbüro	Karin Wank

